

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verleger: C. Neumann, Neudammstr. 25/241
Kurs für Abnehmer: 20011.

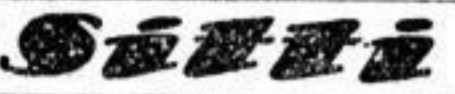
Bezugs-Gebühr bei wöchentlicher Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 275,-
Einsammlungen M. 12,-, Sonntagsausgabe M. 15,-
Die tägliche Nummer kostet 10 Pf., außerhalb Sachsens M. 3,-
Anzeigen-Preise. Die Spaltenbreite ist 10 Zeilen lang. Die Spaltenhöhe ist 10 Zeilen lang. Die Spaltenbreite ist 10 Zeilen lang. Die Spaltenhöhe ist 10 Zeilen lang.

Druck- und Verlagsanstalt
Verlag v. Verlag von 1914 & Reichardt in Dresden.
Pellstraße 1088 Dresden.

Dauerbrandöfen
Reiche Auswahl
Transportable Herde — Prometheus-Gaskocher
Florian Czoekerts Nachfolger
Töpferstraße 9, 13, 15
Fernsprecher 25101

Trinkt
Radeberger Pilsner

Ankauf guter Bücher
Lexikon von Brodhagen u. Meyer, Romane, Klassiker,
Reisebeschreibungen, Kunstwerke, Zeitschriften und
andere Werke aus allen Gebieten
Buchhandlung **Joh. Schreitmüller**
Bautzner Straße 41
Fernruf 15688



Sachsens Landtagswahl — Sachsens Schicksalsstunde

Gewählt wird von 9 bis 6 Uhr.

Bürgerliche Wähler Sachsens! Heran an die Urne!

Morgen, Sonntag, den 5. November 1922, ist Wahltag. Mit diesem Bewußtsein muß jeder bürgerliche Wähler in unserer engeren Heimat aus dem Bette steigen und dieser Gedanke darf ihn nicht verlassen, bis er seiner Wahlpflicht genügt hat. Damit ist aber der „lategorische Imperativ“, das zwingende Gebot der staatsbürgerlichen Pflicht, noch nicht erschöpft. Es gilt auch, Säumige, Laue und Unentschlossene, die sich so gern hinter der beliebigen Entschuldigung aller Art verstecken: „Es müßt ja doch nichts!“ verschaukeln, heranzuholen und nicht locker zu lassen, bis man sie von der Verantwortlichkeit ihres Standpunktes des Geben- und Verschleßens überzeugt und sie zur freudigen Beteiligung an dem Kampfe mit dem Stimmzettel gebracht hat. Wer so handelt, ist ein echter und rechter Vertreter der bürgerlichen Sache und ihrer gewöhnlichen Ideale und Ziele.

Und nun stellt hinein in die Stunde der Entscheidung, mit der unerschütterlichen Überzeugung, daß es gelingen muß und wird, den sozialistischen Baum zu brechen, der bisher über unserm Sachsenlande lagerte! Es gilt, noch einmal im letzten Augenblick klar zu erkennen, was uns drückt und was wir befehlen wollen, damit wieder ein von der Parteiführung losgerissen der öffentlichen Geschäfte beherrschten und sein ganzes Dichten und Trachten auf das Allgemeinwohl richten kann. Wir müssen erlöst werden von dem rein sozialistischen Parteipolitiment, das sich unterfängt, ein in seinem gesamten Aufbau, in seiner kulturellen Vergangenheit und seinen wirtschaftlichen Daseinsbedingungen auf bürgerlichem Grunde ruhendes Staatswesen über den sozialistischen Verkehr zu spannen und einem in Ungehörigkeit besessenen Doktrinarismus, der angesichts der allgemeinen Not in seiner Partinadigkeit etwas Graufames hat, die freie Entscheidung der geistigen und wirtschaftlichen Kräfte des sächsischen Bürgertums zu opfern. Wir müssen heraus aus dem vor aller Welt schwer blamablen Zustand der sozialistischen, von kommunistischer Gnade abhängigen Zweistimmenmehrheit, heraus aus der Klassenherrschaft mit ihren verderblichen Folgen: weitgehende Ausschaltung der nichtsozialistischen Kräfte aus der Mitwirkung an der Vorsehung wegen des für bürgerliche Begriffe unerträglichem Charakters zahlreicher Vorläufer, Vernichtung der staatlichen Machtmittel zu Zwecken der Parteipolitik und des Klassenkampfes, Parteilichkeit der Staats- und Gemeindeverwaltung, sowie des Beamtenstandes durch Bevorzugung sozialistischer Parteimitglieder auf Kosten tüchtiger sachlicher Kräfte aus den Reihen des Bürgertums, wirtschaftliche Sozialisierungsversuche, Bedrohung der Unabhängigkeit der Rechtsprechung durch Schwächung der Stellung des Richters, Kampf gegen Religion und Kirche, sozialistische Vereinstufung der Jugendberufshilfe, Schaffung eines bloßen sozialistisch regierter Länder zur Einflussnahme auf die Reichspolitik, um diese im sozialistischen Sinne vorwärts zu treiben.

Gewissensnot und zwingende wirtschaftliche Rücksichten sind es ganz besonders, die es erforderlich machen, daß Sachsen wieder einen festen bürgerlichen Rückhalt in seiner Regierung gewinnt. Gewissensnot herrscht auf religiösem Gebiete. Das kirchliche und pädagogische Leben ist gegen Eingriffe in seine geistige und sittliche Reichhaltigkeit überaus empfindlich, und gerade hier hat das sozialistische Regime es nicht verstanden, sich Flug zu mahigen und das festgemurzte, in heiligen Überzeugungen verankerte Alte zu schonen. Man hat vielmehr fortgesetzt schwere Reibungsflächen geschaffen durch Maßnahmen, die offensichtlich den Zweck verfolgen, das sozialistische Ziel der weltlichen religionslosen Schule mit parteipolitischer Durchdringung der Jugend der Verwirklichung möglichst nahe zu bringen. Ramentlich der Erziehung, der jede Teilnahme an religiösen Feierlichkeiten an staatlich nicht anerkannten kirchlichen Feiertagen für Lehrer und Schüler verboten, hat ungemein erbittern gewirkt und bedenkliche Folgen erzielt. Nachdem bereits mehrere sächsische Schüler sich aus diesem Antichristentum ausgezogen hatten, haben am Allerheiligentage die Dresdner katholischen Schulen einen förmlichen Streik in Szene gesetzt, so daß überhaupt kein katholischer Unterricht abgehalten werden konnte. Wo soll das hinaus? Will der Sozialismus etwa einen regelrechten Kulturkampf heraufbeschwören? Dann wird er genau dieselbe Erfahrung machen, wie die Reichsregierung in den letzten Jahren, und sich eilig die Finger verbrennen. Oder will er ruhig ansehen, wie der Ertrag in der Praxis durch Nichtachtung anher Kraft geht und dadurch die Staatsautorität geschädigt wird? Den sozialistischen Theoretikern und Befürwortern der weltlichen Schule wäre etwas mehr psychologische

Berücksichtigung zu wünschen; dann hätten sie einen so auskömmlichen Streit überhaupt nicht erst vom Baune gebrochen. Wenn in der Regierung genügend bürgerliche Kräfte vorhanden sind, so ist damit ein zuverlässiger Schutz gegen derartige grundverlethende Maßnahmen gegeben.

Auch das heute durch die Weltbewegung und die damit zusammenhängende maßlose Feuerung unendlich verwickelt. Wirtschaftsgewerbe verlangt gebieterisch eine stetige Kontrolle durch bewusste bürgerliche Politiker und Sachverständige an leitender Stelle. Vergewaltigen wir uns doch einmal, wie es früher war und wie es jetzt ist. Früher konnten wir stolz sein auf die Überlegenheit der sächsischen Qualitätsarbeit und berechnete Hoffnung haben, daß diese gute deutsche Ware ihren Siegeszug durch die Welt halten würde, wenn wir auch zusehends gemehrt werden müßten, daß es manchmal leichter ist, etwas zu erbringen, als das Errungene dauernd im Kampfe gegen einen mächtigen Wettbewerb zu behaupten. In keinem deutschen Staate war die Ausführtätigkeit so reger wie in Sachsen, hier war im Zusammenhange mit dem benachbarten Thüringen das Reich der Welthandelsböden am dichtesten, von hier wurden die meisten Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie nach dem Auslande vertrieben, wie der Anteil der sächsischen Industrie an der Gesamtindustrie der deutschen Industrie nach Amerika und an der Weltindustrie der deutschen Industrie im allgemeinen bewies. Eine solche Stärke des sächsischen Wirtschaftslebens konnte nur erreicht werden durch eine aus sich selbst angelegte Arbeitsenergie und durch ein wirtschaftliches Verhalten, das sich nicht auf der Grundlinie der überragenden Einsicht der Betriebsleitungen bewegte.

Und heute? Da sehen wir Kräfte am Werke, die gerade in entgegengelegter Richtung tätig sind, trotzdem die gegenwärtigen ungünstigen Verhältnisse eine vervielfachte Sorgfalt und Sachkunde bei der Behandlung wirtschaftlicher Fragen erfordern, um wenigstens die unerlässlichen Grundlagen einer späteren Wiedererringung der alten Erfolge nicht zu zerstören. Sozialistische Theoretiker radikaler Färbung, die nach der Vereinigung der Mehrheitssozialdemokratie mit den Unabhängigen wieder Oberwasser bekommen haben, tragen sich mit Sozialisierungsgedanken, deren Durchführung die natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge zerreißt und den freien Unternehmertum in Fesseln schlagen müßte, und an dem schematischen Abstufendogma hält man frampfhaft fest, obwohl nach der gesamten wirtschaftlichen Lage die Steigerung der Erzeugung durch vermehrte und verbesserte Arbeit die Forderung des Tages bildet. Die kann nur die Rückkehr zu den guten alten bürgerlichen Grundgedanken nationaler Wirtschaftsführung helfen. Und noch ein anderer bedeutungsvoller Gesichtspunkt fällt schwer ins Gewicht. Wenn die Wächter der ganz „lieblichwichtigen“ Richtung der Sozialdemokratie, die nach dem Muster des russischen Bundes der Sowjetrepubliken einen bling deutlicher sozialistischer Staaten schaffen will, gelänge, so würde die verhängnisvolle Neigung sozialistischer Doktriner, die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Retorik zu beschönigen und daraus nach dem faulstischen Vornuntzrezept einen Extrakt zusammenzubrauen, der dem natürlichen organischen Leben der wirt-

schaftlichen Triebkräfte zuwiderläuft, auch auf die Reichsleitung übertragen werden. Dann aber entfielen jede Möglichkeit, und das Vertrauen des Auslandes zurückzugewinnen, das letzten Endes entscheidend ist für alles, was wir an fremder Hilfe notwendig brauchen und was wir selbständig nicht entbehren können, selbst wenn wir noch so sehr unsere Produktivität steigern; Moratorium, Anleihe und Verabreichung der Reparationsgesamtsumme. Es ist eine ganz unzweifelhafte Tatsache, daß das Vertrauen des Auslandes zu unserer Kreditwürdigkeit in demselben Maße abnimmt, wie sich der Einfluss der Sozialdemokratie bei uns vermehrt und umgekehrt. Deshalb ist es ein Gebot nationaler Selbsthaltung, die sozialistischen Abstriche dadurch zu durchkreuzen, daß Sachsen, das dabei die Hauptrolle spielt, aus der sozialistischen Umklammerung befreit wird.

Hieraus erhellt, wie weit die Bedeutung der heutigen Landtagswahl über die weiß-grünen Grenzpfähle hinausreicht. Die Verantwortung jedes einzelnen bürgerlichen Wählers ist so groß, daß jede Vernachlässigung der Wahlpflicht eine unvergleichliche Sünde an der eigenen Heimat und an der ganzen Nation darstellen würde. Wer möchte eine solche letzte Herzensangelegenheit auf sich nehmen? So kann denn heute nur eins fremden: das sächsische Bürgertum muß die Zeit fassen an der Stirnlocke lassen und mit einem starken und die sozialistische Herrschaft abschütteln, wobei es nicht vergessen darf, daß in der vorbereiteten Reihe einer gleichzeitigen Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Volkspartei gestanden haben. Die Zeit ist zu solchem Unternehmen günstig, da sich überall ein Rückschlag gegen den Sozialismus geltend macht, wie die Vorgänge in Italien und die eklatante sozialistische Niederlage bei den Gemeinderatswahlen in England beweisen. Vier Jahre sind nun seit der Umwälzung verfloßen, und immer tiefer ist es unter der Herrschaft der hauptsächlich von der Sozialdemokratie getragenen Erfüllungspolitik mit uns verhasst gegangen, finanziell und wirtschaftlich, im Reich und in den Ländern. Nun gilt es für Sachsen, das Seinige zu tun, um der sozialistischen Flut entgegenzuwirken und die bürgerliche Sache zu einem so durchschlagenden Siege zu führen, daß ihr eine unvergängliche Wehrzeit dauernd gesichert ist. Mit diesem Ziel im Auge und mit dem Entschluß, an seiner Erreichung mitzuwirken, gehe jeder zur Urne!

Das Wahlergebnis muß so ausfallen, daß es die über jeden Zweifel erhabene bürgerliche Mehrheit darstellt, die nach Lage der gesamten Verhältnisse überhaupt zu erzielen ist. Nur wenn diese Forderung richtig erfüllt wird, werden die bürgerlichen Wähler Sachsens ohne Fehl und Tadel vor der bürgerlichen öffentlichen Meinung des Landes und des Reiches bestehen können.

Bürgerliche Wähler Sachsens! Bedenkt, daß die Augen des ganzen Reiches und auch des Auslandes auf euch gerichtet sind! Deutschland erwartet, daß jeder von euch heute seine Schuldigkeit tut!

Die Vorschläge der deutschen Reparationsdenkschrift. Markstabilisierung nur durch eine Urlandsanleihe.

(Ermittlung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 4. Nov. Der Inhalt der beiden der Reparationskommission gestellten Denkschriften kann, wie von Seiten der Regierung erklärt wird, noch nicht bekanntgegeben werden, weil die Denkschrift noch nicht das vollständige Material erhalten. Es entspricht das einer Abmachung mit der Kommission. Nun hat aber eine hitzige sozialistische Korrespondenz in einigen demokratischen Blättern Inhaltangaben gebracht. Auf bezügliche Anfragen, ob diese zutreffen, ist regierungsförmlich erwidert worden, daß die Angaben sowohl Richtiges wie Unrichtiges enthalten. Alle Mitteilungen darüber, was nun daran richtig und unzutreffend sei, werden dahin erwidert, daß eine Antwort auf diese Fragen zu einer teilweise Befragung der Denkschriften bedeuten würde.
Es handelt sich besonders um den in der letzteren übergebenen Denkschrift zum Ausdruck gekommenen Standpunkt der deutschen Regierung, daß keine neuen inneren Maßnahmen getroffen werden können, um den Ausfall der Mark zu festigen. Die Stabilisierung, von der alles abhängt, die Fixierung der schwebenden Schuld, die Valutierung des Geldes und die Fähigkeit, Reparationen zu leisten, ist aber nur möglich durch Annahme einer Urlandsanleihe. Die Frage ist nun, ob die in der Reparationskommission vereinigten Regierungen gewillt sind, Deutschland die Ermöglichung zu einer Urlandsanleihe zu gewähren, und weiter, ob diese Ermögli-

gung so beschaffen ist, daß der ausländische Finanzmarkt bereit wäre, daraufhin eine Anleihe zu gewähren. Die deutsche Regierung scheint, der „S.“ zufolge, jedenfalls auf dem Standpunkte zu verharren, daß erst nach der Bewältigung einer Urlandsanleihe, als der Haupt- und Grundbedingung für die Stabilisierung der Mark, auch die Goldreserven der Reichsbank teilweise für diese Stützungsaktion in Hilfe genommen werden sollen. Die zweiwöchige Pause in den direkten Verhandlungen der Reparationskommission mit der Reichsregierung ist nicht auffällig, da die Kommission in Paris nur an zwei Tagen der Woche zu arbeiten gewöhnt ist.

Nach der in der vorstehenden Meldung angesprochenen Inhaltsangabe der sozialdemokratischen Korrespondenz wird in der Denkschrift einleitend darauf hingewiesen, daß eine Stabilisierung der Mark gleichzeitig mit der Valutierung des Geldes erfolgen müsse. Eine höhere äußere Anleihe werde als Voraussetzung für eine Stabilisierung der Mark als unbedingt notwendig erachtet. Falls eine solche Anleihe zustande komme, sei die Reichsregierung nicht abgeneigt, auch den Goldbestand der Reichsbank teilweise zu Stützungszielen für die Mark zu verwenden. Die Denkschrift verweist ferner darauf, daß eine höhere Anleihe nur dann möglich sein werde, wenn die durch das Londoner Diktat geforderten deutschen Reparationsverpflichtungen revidiert würden und eine langfristige Stundung einträte. Eine Stundung der Sachleistungen wüßte die deutsche Regierung nur für Materialien, die nicht ausschließlich für den Wiederaufbau Frankreichs verwendet werden. Die Denkschrift führt zu Schluß eingehend den Nachweis, daß eine Finanzkontrolle über Deutschland nur eine Schädigung der deutschen und damit auch der Interessen der Entente-Länder herbeiführen müßte.

Dollar (Amtlich): 6025